





## Für unsere weiblichen Mitglieder.

### Das Beschwerdeverfahren in der Krieger-Familienfürsorge.

Das Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften ist seit Ausbruch des gegenwärtigen Krieges mehrfach verbessert worden. So ist zum Beispiel die Fürsorge ausgedehnt worden auf die unehelichen Kinder der Kriegsteilnehmer, auf die Familienangehörigen der aktiv Dienenden, auf Stiefeltern, Stiefgeschwister, Stiefkinder und der schuldlos geschiedenen Ehefrauen der Eingezogenen, auf die unehelichen, mit in die Ehe gebrachten Kinder der Ehefrau, auch wenn der Ehemann nicht der Vater ist, auf Pflegeeltern und Pflegekinder usw., weiter hat man die Unterstützung erhöht auf monatlich 15 Mk. für die Ehefrau und 7,50 Mk. auf die sonstigen Unterstützungsbedürftigen auch im Sommer und schließlich hat man für den Begriff der Bedürftigkeit gewisse Regeln eingeführt. So soll diese vorliegen, wenn das Einkommen des in den Dienst eingetretenen und seiner Familie nach der letzten Steuererklärung in den kleinen Orten (Tarifklasse E.) bis 1000 Mk., in den mittleren Städten (Tarifklassen C. und D.) bis 1200 Mk. und in den großen Städten (Tarifklassen A. und B.) bis 1500 Mk. beträgt. Alle diese Verbesserungen haben zwar lindernd gewirkt; im allgemeinen bleiben noch manche Einrichtungen sehr mangelhaft.

Es auch für eine bestimmte, jedoch beschränkte Anzahl von Fällen ein gewisser Rechtsanspruch auf die Unterstützung eingeräumt worden, so besteht noch unter den heutigen Teuerungsverhältnissen die Notwendigkeit, in weiteren Fällen die Fürsorge zu gewähren. Im übrigen beschränkt sich der Rechtsanspruch, wie die Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 ausdrücklich sagt, nur auf die Mindestsätze, also die Staatsunterstützung. Es bleibt damit also immer die große Frage offen, wieviel die Gemeinde zulegt und wieviel die Familie im Ganzen bekommt, denn mit den Mindestsätzen ist doch unmöglich auszukommen. Über alle diese Streitfragen entschied bisher entsprechend § 6 des Gesetzes über die Familienunterstützung die in der Regel im Bezirke jeden Lieferungsverbandes vorhandene Kriegsunterstützungskommission endgültig. In den größeren Städten sind besondere derartige Kommissionen gebildet worden, für die zu einem Landkreise gehörenden Orte übte meist der Kreisaußschuß die Funktionen dieser Kommission aus. Die unteren Organe dieser Kriegsunterstützungskommissionen sind in den Städten meist die Armenpfleger und Armenbezirks-Vorsteher, in den kleinen Gemeinden die Gemeindevorsteher.

Wie ist nun der Gang der Festsetzung der Unterstützung in der Regel? Die Kriegerfrau bringt ihren Antrag mündlich beim Gemeindevorsteher vor. Dieser gewährt ihr wenns gut geht die Staatsunterstützung und, um zu sparen, eine möglichst kleine Zulage aus der Gemeindefasse. Alle Vorstellungen um höhere Unterstützung sind in der Regel umsonst; der Frau bleibt nun nichts weiter übrig, als eine Beschwerde an den Kreisaußschuß zu Händen des Landrats zu richten. Dieser scheidet nun die Eingabe an den Gemeindevorsteher zur Aussprache zurück. Der Gemeindevorsteher scheidet nun natürlich die Sachlage so, wie er sie sieht. Nicht selten werden dabei den Kriegerfamilien Gunstmaßnahmen und Bestätigungen zugesprochen, von denen diese keine Ahnung haben. Auf Grund dieser Unterlagen entscheidet ohne weiteres, ohne daß etwa die Beschwerdeführer nochmals gehört werden, der Kreisaußschuß. Man kann sich denken, wie die Entscheidung ausfällt. Meist lautet sie auf Abweisung der vorgetragenen Wünsche. Damit war das ganze Beschwerdeverfahren erschöpft. Ergibt ein weiteres „Rechtsmittel“ bestand nicht. Nunmehr bringt hier § 7 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 eine kleine Besserung. Es heißt dort, daß die Aufsichtsbehörden der Lieferungsverbände in geeigneten Fällen die Zahlung der Unterstützung anweisen können. Ein formales Beschwerderecht, so sagt eine Ausführungsanweisung dazu, welches an Fristen gebunden wäre, bringt die neue Verordnung nicht. Es ist nur eine allgemeine Beschwerde im Aufstichwege eingeführt worden. Demgemäß können jetzt Beschwerden gegen die Entscheidungen der Lieferungsverbände eingereicht werden und zwar in Preußen an den Regierungspräsidenten und gegen dessen Entscheidung an den Minister des Innern. Die Regierungspräsidenten können nicht mehr, wie sie dies bisher getan haben, die Beschwerdeführer mit einem gedruckten Formular abweisen, nach dem sie nicht in der Lage seien, an der Sache etwas zu ändern. Die neue Bundesratsverordnung ändert das bestehende Recht nach drei Richtungen: 1. Die Aufsichtsbehörden können über die Gewährung der Familienunterstützung allgemeine Anweisungen und Anordnungen erlassen, 2. die Aufsichtsbehörden können in Zukunft auf Grund entgegengegerter Beschwerden auch die Zahlung von Familienunterstützung in geeigneten einzelnen Fällen anordnen und 3. in den Bezirken der Lieferungsverbände, in denen besondere Kommissionen über die Unterstützungsanträge entscheiden, haben über etwaige Beschwerden die Vertretungen der Lieferungsverbände zu entscheiden, das heißt in Landkreisen die Kreisaußschüsse und in den Stadtkreisen die

Magistrate (Oberbürgermeister). Erst nachdem diese entschieden haben, kann die Beschwerde an den Regierungspräsidenten usw. gerichtet werden.

Allzuviel Hoffnungen werden an die Verbesserungen nicht geknüpft werden können. Das wichtigste wäre, daß Schiedsgerichte mit unparteiischen Beisitzern eingeführt würden oder daß allermindestens noch die Beschwerdeführer in mündlichen Verhandlungsterminen vor den Beschwerdeinstanzen gehört werden. Nur hierdurch wird sich die wahre Sachlage meist feststellen können. Das jetzige Verfahren steht noch in Widerspruch mit den Anschauungen einer modernen Rechtspflege.

### Mehr Heimarbeiterchutz.

Am 11. Februar fand im Café „Rheingold“ in Berlin eine Besprechung über Maßnahmen zugunsten der Heimarbeiter statt. Die Einladung ging von der Auskunftsstelle für Heimarbeitsreform und vom Bureau für Sozialpolitik aus. An der Besprechung nahmen Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sowie der Zentralstelle für Arbeiterinneninteressen und der Verband der katholischen erwerbstätigen Frauen und Mädchen teil. Nach einleitenden Worten des Prof. Franke berichtete Dr. Räte Garbel über die Ergebnisse der Konferenz vom 3. August 1915. Sie betreffen die Vorarbeiten über die Einführung von Fachauschüssen, die Bekämpfung des Heimarbeitschwinds, die in Berlin erfolgreich durchgeführt sei und nunmehr auf das ganze Reich übertragen werden müsse, sowie eine Eingabe betr. die Regelung der beschränkten Ausgabe von Heimarbeit. Man könne sich indes nicht mit negativen Maßnahmen begnügen, denn ein großes Bedürfnis nach Nebenerwerb sei unüberlag vorhanden und werde nach dem Kriege noch mehr hervortreten. Deshalb seien auch Maßnahmen für die Beschaffung von Nebenerwerb nicht zu entbehren.

Sodann hielt Herr Mag.-Rat Dr. Hiller Frankfurt a. M. ein Referat über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei öffentlichen Lieferungen. Ausgehend von den Mißständen, die sich am Anfang des Krieges bei der Ausgabe von Heereslieferungen, besonders im Bekleidungs- wesen, einstellten, indem parasitäre Eristenzen sich zwischen Heimarbeiter und Militärbehörden hoben und die Löhne drückten, schloß der Redner die Bestimmungen der Heeresleitung, die Lohnsätze behördlich festzusetzen und den Unternehmern durch Vertrag auszumitteln; die Lohnsätze wurden tarifvertraglich geregelt, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiteranteil behördlich festgesetzt und Streitigkeiten durch Schlichtungskommissionen erledigt. Da die Gewerkschaften zu diesen vertraglichen Regelungen eine ablehnende Stellung einnahmen, insbesondere in Berlin, so griff die Kommandogewalt ein und verfügte, daß andere Verabredungen, die von den tarifvertraglich-behördlichen Festsetzungen abwichen, nichtig seien. Das Klagenrecht des letzten Arbeiters gegen den ersten Abnehmer von Heereslieferungen sei so gut wie gestrichelt, dank der höheren sozialen Einsicht der Militärbehörden. Es gelte jetzt von diesen Kriegserzeugnissen soviel als möglich in den Frieden hinüberzubringen. Eine gesetzliche Regelung sei das einzige Mittel und die Einführung der Fachauschüsse nicht länger zu umgehen. Auch dürfe sich die jetzt gestroffene Regelung nicht auf Lieferungen von Arbeit beschränken, sondern müsse auch auf Lieferung fertiger Waren, zu denen die Unternehmer die Rohstoffe gegeben habe, ausgehend werden durch den Nachweis, daß für diese Waren ausreichende Löhne gezahlt seien und durch die nachträgliche Haftung für Nachzahlung auf zu niedrige Löhne der Heimarbeiter. Herr Mag.-Rat v. Schulz-Berlin ergänzte die Ausführungen des Herrn Hiller durch seine eigenen Erfahrungen. In der sehr eingehenden Erörterung wies Herr Runge-Berlin vom Verband der Schneider und Schneiderinnen nach, daß die Militärbekleidungsämter und das Generalkommando erst nach unangefangenen Drängen der Gewerkschaften den Weg zu einer Sanierung der Heimarbeitsverhältnisse im Militärbekleidungswesen beschritten hatten, dann aber mit erfreulicher Festigkeit vorgegangen seien. An der Debatte beteiligten sich die Herren Süßlich, Sabath und Umbreit von den freien Gewerkschaften, Herr Nolte und Fr. Behm von den christlichen Gewerkschaften und Herr von Bertelsch. Die meisten Redner betonten die Notwendigkeit, daß das Heimarbeitsgesetz durchgeführt werde, besonders notwendig sei die Einsetzung von Fachauschüssen, die die Befugnis der Lohnfestsetzung erhalten könnten. Herr von Bertelsch schloß sich dieser Forderung an, hielt aber dafür, die Erweiterung des Gesetzes vorzubereiten durch die Einführung von Fachauschüssen mit ischämlichen Befugnissen im Heeresbekleidungswesen durch militärbehördliche Exekutivgewalt. Es gelte den Beweis zu führen, daß solche Einrichtungen möglich sind und sich bewähren. Was im Kriege seine Kraft bewährt habe, könne auch im Frieden leichter erhalten werden.

Als Ergebnis der Aussprache wurde in Aussicht genommen, eine Eingabe an Reichstag und Bundesrat betr. die beschleunigte Durchführung des Heimarbeitsgesetzes zu richten, an das Kriegsministerium das Ersuchen um Ein-

führung von Fachauschüssen zu richten und an die übrigen behördlichen Auftraggeber (Eisenbahn, Post, Gemeinden) das Verlangen zu stellen, eine gleiche Regelung der Lohnverhältnisse einzuführen, wie dies im Heeresbekleidungs- wesen geschehen sei. Eine Kommission von 5 Personen soll in Gemeinschaft mit dem Bureau für Sozialpolitik diese Eingaben bearbeiten.

Danach wurde für die planmäßige Verteilung der Heeresaufträge für Heimarbeit erörtert und hierzu die Bildung eines Beirates von Sachverständigen beim Kriegsministerium vorgeschlagen, worüber bereits Verhandlungen mit letzterem eingeleitet sind. Auch diese Angelegenheit wird der erwähnten Kommission überwiesen. Im letzter Stelle wurden Mitteilungen über die Beteiligung sogenannter Wohlfahrtsorganisationen an der Übernahme von Heeresaufträgen für Heimarbeit gemacht und auf eine energische Bekämpfung des Heimarbeitschwinds sowie auf die Notwendigkeit der Förderung der ortstatutarischen Krankenversicherung der Heimarbeiter hingewiesen.

### Wer soll zahlen?

Daß die finanziellen Lasten des Krieges ungeheuer groß sein werden, wird von niemandem bestritten. Die Frage ist, wie sie aufgebracht werden sollen.

Von jeher war es das Bestreben der besitzenden Klassen, die Staatsgewalt für ihre Zwecke auszunutzen, die Kosten des Staatsaufbaus jedoch auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzumägen. Das bequemste Mittel dazu ist die Erhebung indirekter Steuern, denen sich niemand entziehen kann, auch der Arme nicht. Die Volksmassen haben gegen diese schlaue Steuerpolitik sich von jeher instinktiv aufgelehnt. Volkunruhen, die sich gegen die Salzsteuer, die „Altkisen“ auf Getränke, Mehl und andere besonders drückenden Steuern dieser Art richteten, sind in früheren Zeiten nichts Seltenes gewesen. Seit es eine sozialdemokratische Arbeiterpartei gibt, gilt für sie der Grundsatz, daß die Ausgaben des Staates, soweit sie durch Steuern gedeckt werden, durch progressive Steuern auf Einkommen und Vermögen aufzubringen sind. So reich jemand ist, einen desto größeren Teil seines Reichtums soll er für diesen Zweck hergeben. Der Streit: direkte oder indirekte Steuern hat denn auch seit Jahrzehnten eine große Rolle im politischen Leben aller Staaten und ganz besonders Deutschlands gespielt.

Selbstverständlich wird er auch jetzt wieder entbrennen. Die Regierung hält mit ihren Steuerplänen noch zurück. Der Herr Staatssekretär hat im allgemeinen nur angedeutet, daß er sowohl direkte als indirekte Steuern haben will, und sprach besonders von „Verkehrssteuern“. Die Tabaksteuer soll ungeheuer erhöht, die Post- und Telegraphensteuern bedeutend verteuert werden. Von direkten Steuern ist bisher nur die Rede in bezug auf eine Besteuerung der Kriegsgewinne.

Wie die wirtschaftliche Lage sich nach dem Kriege gestalten wird, darüber kann man nur Vermutungen hegen. In einem Punkte aber sind sich alle Urteile einig: die im Kriege riesig in die Höhe getriebenen Preise aller Waren werden auch nach dem Friedensschluß hoch bleiben; wir sind in eine langdauernde Periode der Teuerung eingetreten. Nun lehrt die Erfahrung, daß die Löhne der Arbeiter in solchen Perioden der Teuerung nicht auch steigen, aber langsamer steigen als die Warenpreise. Wie es in dieser Beziehung nach dem Kriege werden wird, das hängt von mancherlei Umständen ab, die sich noch nicht übersehen lassen. Hier und da wird behauptet, daß die Arbeiter die Möglichkeit haben werden, ihre Lohnforderungen leicht durchzusetzen. Man schlüßfolgert dies daraus, daß der Krieg vielen Proletariaten das Leben kostet, viele zu Krüppeln macht, also das Angebot an Arbeitskräften verringert. Diese Annahme beruht jedoch auf einer sehr oberflächlichen Betrachtung der Dinge. Wir sehen, daß während des Krieges die Erwerbsarbeit der Frauen gewaltig zunimmt, und man darf sicher sein, daß ein sehr großer Teil der neu erwerbstätigen Frauen auch nach Friedensschluß bei der Arbeit bleibt. Es wird also höchstwahrscheinlich das Angebot an Arbeitskraft stark gesteigert, und selber sind die Frauen im allgemeinen immer noch nicht widerstandsfähig gegen Lohnrückerei und lassen sich gefallen, daß ihre Arbeit auch bei gleicher Leistung schlechter bezahlt wird als Männerarbeit. Verhältnismäßig klein ist noch die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen, die gewerkschaftlich organisiert für gute Arbeitsbedingungen kämpfen. Nicht minder wichtig als die reizende Ausnahme der Frauenarbeit ist, daß die Technik in letzter Zeit gewaltige Fortschritte aufzuweisen hat bei Lösung der Aufgabe, gelehrte Arbeit durch Maschinenleistung zu ersetzen. Ferner, daß auch das System erkannlicher Erfolge aufweist, durch Verwollkommnung der Betriebsorganisation aus den Arbeitern herauszuholen, was irgend herauszuholen ist.

Nicht man das alles in Betracht, so ist die große Gefahr nicht zu leugnen, daß es den Arbeitern sehr schwer werden wird, die Verteuerung des Lebensunterhalts wettzumachen durch Erzeugung entsprechender Lohnerböschung. Gelingt ihnen das aber nicht, so wird der Krieg die Folge

Haben, daß die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabgedrückt wird.

Indirekte Steuern jeder Art, auch Verbrauchssteuern, wirken indessen dahin, die Warenpreise weitest in die Höhe zu treiben, also den Lebensunterhalt zu verteuern. Deshalb hat die Arbeiterklasse gerade jetzt allen Grund dazu, in ihrem Kampfe gegen dieses System der Besteuerung nicht nur nicht nachzulassen, sondern im Gegenteil: sie muß diesen Kampf mit äußerster Energie führen. Insbesondere muß es Aufgabe sein, mit dem System des Sollmachers zu brechen. Die deutschen Zölle auf Lebensmittel wurden eingeführt, als die Preise auf dem Weltmarkt im Sinken waren. Jetzt sind jedoch diese Weltmarktpreise im Steigen, und das wird sicher nach dem Kriege so bleiben. Wäre es da nicht besser Wagnis, Korn, Fleisch, Butter, Eier und andere Lebensmittel, die ohnehin immer teurer werden, durch hohe Einfuhrzölle noch künstlich überzuwerten?

Sehen wir, wie es auf der andern Seite steht: Die Staatsausgaben steigen vor allem deshalb, weil eine gewaltige Kriegsschuld zu verzinsen ist. Das bedeutet aber, daß den Eigentümern des Geldkapitals ein paar Milliarden Mark zuzufügen, die der Staat in Form von Schuldzinsen zahlt. Mit diesen Milliarden ist es aber noch nicht getan. Der Zinsfuß steigt überhaupt, weil der Staat, der bisher 2½ und 4 Prozent Zinsen zahlte, jetzt 5 Prozent und mehr zahlen muß und sich verpflichtet, vor Ablauf von 10 Jahren die Zinsen nicht wieder herabzusetzen. Das Leihkapital ist durch die Kriegsanleihen zu einem großen Teil aufgefressen, Kapital wird also rar, der Staat zahlt hohe Zinsen. Die Kapitalbesitzer können daher darauf bringen, daß andere Kreditnehmer die Geld für ihre Geschäfte brauchen, ebenfalls höhere Zinsen als bisher zahlen. Das ist eine der Ursachen, die die Warenpreise in die Höhe treiben, denn der Kapitalkauf und der Händler suchen die erhöhten Ausgaben für Zinsen auf der Warenpreise zu schlagen. Zahlen müssen schließlich jene, die die Last nicht mehr auf andere abwälzen können, das heißt die Massen des arbeitenden Volkes.

So bewirkt die gewaltige Verschuldung der Staaten während des Krieges, daß das Einkommen, der Kapitalistenklasse steigt, einmal, weil sie unmittelbar aus der Staatskasse Milliarden schöpft, außerdem, weil sie die Möglichkeit erhält, durch allgemeine Erhöhung der Verzinsung des Kapitals einen noch größeren Teil des Arbeitseinkommens der Massen als bisher an sich zu ziehen.

Da aber dem so ist, muß es Aufgabe der Steuerpolitik sein, durch Erhöhung der direkten Steuern dieser Kapitalistenklasse die Lasten aufzuwiegen. Darauf muß die Arbeiterklasse drängen.

Die Wortführer der bürgerlichen Parteien machen sich nunmehr, daß große Zahlen auf die Begriffe wirken und stiften damit Verwirrung. „Wie“, sagen sie, drei, vier, fünf

Milliarden will man durch direkte Steuern herauskriegen? Das ist unmöglich! Das würde ja auf Konfiskation des Einkommens und des Vermögens der Besitzenden hinauslaufen!“ Man darf sich indessen nicht verblüffen lassen und kann darauf antworten: ein paar Milliarden fließen der Kapitalistenklasse aus den Zinsen der Staatsschulden zu, weitere Milliarden werden durch die allgemeine Erhöhung des Zinsfußes ergattert, alles infolge des durch die kapitalistische Politik verursachten Krieges. Weil dem so ist, gilt es, die Milliarden, die der Staat braucht, aus Einkommen und Vermögen dieser Kapitalistenklasse durch direkte Steuern herauszuholen. Von einem Verarmen dieser Klasse wird in Wirklichkeit noch lange nicht die Rede sein.

So stehen die Dinge. Wenn die arbeitenden Massen die Macht hätten, Recht und Billigkeit zur Geltung zu bringen, so wäre es sehr gut möglich, die Kriegskosten auf die „tragfähigen Schultern“ zu legen. Es brauchte nicht durch indirekte Steuern die durch den Krieg verschlimmerte materielle Lage der Arbeiterklasse noch weiter verschlechtert werden durch Belastung mit indirekten Steuern. Aber bei den bestehenden politischen Verhältnissen ist zu befürchten, daß die bürgerlichen Parteien ihren Willen durchsetzen und die Last nach Möglichkeit den arbeitenden Massen aufbürden. Dagegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzukämpfen, ist Pflicht der Sozialdemokratie.

## Aus der Schule ins Leben.

In diesen Wochen stehen wieder Tausende von Arbeitern und Arbeiterfrauen vor der schweren Frage: „Was soll aus meinem Kinde werden?“ Und wir, die wir so viel auf die Zukunft bauen, die in diesen Kindern die Träger unseres Kampfes, die Erklärer unseres Sieges sehen, auch wir, fragen forschend, sehnend: „Was soll aus ihnen werden?“

Da stehen sie nun so stolz, so hegeschick und schauen in das neue Leben hinein. Und doch sind sie noch so wenig vorbereitet, wissen so wenig von dem, was Leben heißt, sind, ach so selten, ausgerüstet, den Kampf um eine menschenwürdige Existenz aufzunehmen.

Euch Eltern, euch, die ihr selbst gekämpft habt für ein besseres Leben, die entseht und gelitten haben, um eure Kinder zu guten, braven und gesunden Menschen zu erziehen, euch rufen wir zu, habt acht, daß die nächsten Jahre des Lebens nicht alles das vernichten, was ihr erreicht zu haben glaubt!

Wo immer es die Verhältnisse erlauben, sollte das Kind weiter zur Schule gehen. Wo die Eltern nicht unbedingt auf die paar Mark angewiesen sind, die das Kind nach Hause bringen kann, da sollte die Gelegenheit ergriffen werden, dem Kinde eine gute Schulbildung mit auf den Weg zu geben.

Es war immer ein Grundbesatz der modernen Arbeiterbewegung, daß der Mensch zu etwas Höherem geboren ist als zum Arbeiten, zum Essen, Trinken und Schlafen. Das, was die Großen aller Zeiten geschrieben und geschaffen, die schönen und großen Gedanken, die wunderbaren Gemälde, die Werke der Kunst, die Schönheiten der Natur und des menschlichen Schaffens, alles dies sollten unsere Kinder kennen und verstehen lernen. Wenn die Schönheit seiner Umwelt zu kennen und zu begreifen, heißt zu gleicher Zeit, sich eine großzügige und freie Weltanschauung zu erwerben.

Leider ist es nur den Wenigsten möglich, ihren Kindern eine Hochschulbildung geben zu können. Aber selbst dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern oder die Vernunft der Kinder einen Schulbesuch über den Elementarkurs hinaus, zur Unmöglichkeit machen, ist mit der Schulentlassung noch nicht das letzte Wort gesprochen. Hier heißt es, in der Auswahl des Berufes besonders vor- sichtig zu sein.

Es ist ja verhältnismäßig leicht, für ein Mädchen oder einen Knaben Arbeit zu finden. Heute, wo ungelernete Arbeit überall überhand nimmt, kann das Kind nach ein paar Wochen so viel leisten wie der Mann oder die Frau, die seit Jahren an der Maschine steht. Schwieriger ist es schon, einen Arbeitsplatz zu finden, in dem sich der junge Proletar auch wirklich ausbilden kann, in dem Hoffnung besteht, daß er sich dort eine gewisse Lebenszukunft formen kann. In solchen Fällen wird das Kind zunächst einen geringeren Lohn erhalten, aber es dauert nicht lange und dieser Unterschied ist bald ausgeglichen. Dem Mädchen und dem Knaben, der in unseren Großstädten einen wirtlichen Beruf erlernen will, stehen mannigfache Wege offen, die ihm nach dem Tages Mist und Last eine theoretische Ausbildung ermöglichen. Überall gibt es schon Gewerbeschulen, in denen das Kind die theoretischen Grundzüge des erwählten Berufes kennen lernt, es gibt Abendschulen, die die Stadt oder Berufsgenossen- und -Bereinigungen errichteten, ja für die besonders Ehrfrigen und Intelligenzen gibt es Hochschulen, wie das Cooper Institut, in denen man sich für wissenschaftliche Berufe ausbilden vermag.

Die Zukunft, Genossen und Genossinnen, braucht ganze Menschen, braucht Männer und Frauen, denen das Leben noch nicht den letzten Rest von Mut und Lebensfreude genommen hat; Menschen, deren Leben noch für etwas anderes Raum hat als für Fron und Sorge. Gebt euren Kindern die denkbar beste Erziehung, sorgt für ihre geistige und körperliche Ausbildung, macht sie zu lebensstarken, wertvollen Gliedern der Gesellschaft und ihr erzieht sie zu gleicher Zeit für den Dienst eurer Klasse, die tüchtige, opferfreudige und leistungsfähige Mitglieder zur Bewältigung der großen Aufgaben gebraucht, die sie — die Arbeiterklasse — in der Zukunft zu lösen hat.

## Echte Demokratie.

Von jeher, schon lange vor dem Kriege, hat es als selbstverständlich gegolten, daß eine unerlässliche Vorbedingung des Sozialismus die Demokratie sei. Zunächst müssen wir das Deutsche Reich in allen seinen Institutionen demokratisieren, dann erst haben wir die Bahn frei für den Sozialismus. So hat es Kolb unzählige mal verkündet, und niemand hat ihm widersprochen, auch von der äußersten Linken nicht.

Wenn wir nun in diesen Jahren des Weltkrieges einen Rückblick werfen auf die 50jährige Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, so werden wir uns eingestehen müssen, daß wir für die Demokratie nicht nur wenig erreicht, sondern im Grunde genommen auch wenig getan haben. Und zwar gilt das nicht nur für die Demokratisierung des Reichs, sondern auch für die unserer eigenen Partei.

Wir wollen, wohlverstanden, nicht die Lamentationen wiederholen, die man jetzt überall zu hören bekommt über die Bevormundung der Partei durch ihre eigene Bürokratie; Lamentationen, die zwar ganz berechtigt sind, aber vor der Hand zu nichts führen können, weil das Beamtentum doch nun einmal unentbehrlich ist und schließlich ja auch nicht nur schlechte Seiten hat. Auch eine etwa neu entstehende Partei müßte wieder ihre Beamten haben. Und so wahr es ist, daß in der Geschichte letzten Endes alle Herrschaft und Unterdrückung aus der Notwendigkeit entspringt, die Geschäfte der Allgemeinheit und damit die Macht in die Hände von Beamten zu legen, so wahr ist auch jede neue Partei derselben Gefahr ausgesetzt. Wir wollen also heute nicht klagen über Dinge, aus denen bisher noch niemand einen Ausweg gesehen hat, sondern wir wollen auf ein Uebel aufmerksam machen, das sich lieber vermeiden ließe.

Überblicken wir also die 50 Jahre bisheriger Tätigkeit der Sozialdemokratie in Deutschland, so war sie ganz und gar erfüllt und geleitet von dem Bestreben, Massen zu gewinnen. Sie hat damit großartige Erfolge erzielt. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die erste Frucht von Lassalles Organisation im Jahre 1863, hat es, so lange Lassalle lebte, auf nicht mehr als ca. 9000 Mitglieder in ganz Deutschland gebracht. Wahrsagt ein „kleines Grüppchen“, eine unbedeutende „Sekte“. Aber schon in den 70er Jahren erschröckte dertritt der sozialdemokratischen Arbeiterkatalone den Staatsanwalt Tessenberg. Wieder 10 Jahre später war die Sozialdemokratie so groß, daß man sie durch das Sozialistengesetz zu bekämpfen suchte. 1893 erklärte der Reichskanzler Caprivi im Reichstage, er frage sich bei jedem Geheh, wie es auf die Sozialdemokratie wirken werde. 1903 erklärte die Partei einen glänzenden Triumpf bei den Wah-

len und 1912 wurde sie mit 110 Eichen die stärkste Partei im Reichstage. Aus dem „kleinen Grüppchen“ Lassalles waren 1 Million Mitglieder und 4,5 Millionen Wähler geworden.

Gewiß ein glänzender Aufstieg. Und dennoch hat sich so ziemlich alle Welt darüber getäußt, was für eine tatsächliche Macht die 4½ Millionen bedeuten, was mit ihnen in der Praxis zu erreichen sei. „Wir waren noch zu schwach, den Krieg zu verhindern“, so hört man's seit anderthalb Jahren, und wenn auch in dieser Klage ein Stück unbewußten Größenwahns steckt — nämlich die Illusion, daß die Führer einer noch größeren Partei nur zu dekretieren brauchen: es soll kein Krieg sein — so weiß doch alle Welt, daß die Partei, die sich stützt auf 4½ Millionen Männer über 25 Jahren (ungerechnet die Frauen und die Männer unter 25) auch nicht einmal die demokratische Umgestaltung des Wahlrechts für Preußen durchzusetzen vermocht hat. Was darf man von diesen Massen, die für die Demokratie so wenig erreichen konnte, für den Sozialismus erhoffen?

Das lenkt den Blick von der Quantität auf die Qualität. Wie sind die Massen gearbeitet, die man gewonnen? Wir plaudern kein Geheimnis aus, wenn wir sagen: jedermann hat gewußt, daß sie zum weitaus größten Teil nicht aus überzeugten Sozialdemokraten, sondern aus Mitläufern bestanden. Das hängt zusammen mit der Art und Weise, wie sie gewonnen wurden. Seit rund 20 Jahren will die Frage nicht verschwinden, daß wir „wohlt in die Breite, aber nicht in die Tiefe“ gewachsen sind. Aber konnte es denn anders sein, da man doch, um die Massen und durch sie die Mandate zu gewinnen, jede, aber auch jede Verflachung der Agitation mit in den Kauf nahm? Als im Jahre 1912 der Parteivorstand zur Stichwahl die berühmte „Dämpfung“ des Wahlkampfes angeordnet hatte, wurde er deswegen von den Berliner Genossen hart getadelt. Und wie verteidigte er sich? Der Parteisekretär Otto Braun führte an der Hand von Flugblättern den Beweis, daß zwischen Haupt- und Stichwahl von einer Agitation für die sozialistischen Grundthesen kaum eine Spur zu finden sei! Er hätte getrost dazu setzen können: oft vor der Hauptwahl ebenso wenig. Die nächstliegenden Sorgen wurden aufgegriffen, die „Wahlparole“ wurde behandelt, d. h. diejenige Frage, die die gegnerischen Parteien gerade zufällig aufgebracht hatten, und daran wurden alle möglichen Versprechungen getnüpft. Man suchte die Wählerstimmen dadurch zu gewinnen, daß man immer wieder betonte, die Partei trete für die Interessen der kleinen Leute ein. Aber daß dies geschehen solle durch Erringung des Sozialismus, das wurde nur zu oft verschwiegen. So bekam man gewaltige Massen hinter sich. Aber diese Massen waren und blieben dem Sozialismus fremd. Sie erwarteten einfach die Erfüllung der Versprechungen, die man ihnen gemacht hatte.

Es wäre natürlich übertrieben, wenn man behaupten wollte, dies alles sei geschehen, weil die Führer selbst etwas es mit dem Sozialismus nicht ernst meinten. Sicherlich gab es auch solche Führer, denen der Sozialismus nur Modesache war. Das zeigt sich deutlich gerade jetzt, wo immer neue Führer verlangen, die Partei solle endlich „wegen zu scheitern, was sie ist, nämlich eine Reformpartei.“ Die sind offenbar nie Sozialisten gewesen, d. h. sie haben nie begriffen, oder nie anerkannt, daß die soziale Frage nur durch den Sozialismus gelöst werden kann. Und wenn sie sich gleichwohl als Sozialisten ausgaben, so taten sie es, weil sie hofften, dadurch Einfluß auf die Massen zu gewinnen. Aber bei den andern, die wirklich die Arbeiter zum Sozialismus führen wollen, steckte ein anderer Gedanke dahinter. Der Gedanke, daß die Volksmassen den Sozialismus doch nicht verstehen würden; sie seien dazu noch nicht reif genug. Deshalb gelte es, die Massen erst einmal durch eine andere Agitation zu gewinnen. Habe man sie erst hinter sich, set es gelingen, ihnen Vertrauen zur Partei einzufliessen, dann könne man sie nachher auch ohne, ja gegen ihren Willen zu ihrem eigenen Heile leiten und zum Sozialismus führen.

Eine solche Organisation ist aber in ihrem Kerne undemokratisch, ja sogar antidemokratisch! Denn sie beruht auf dem Gedanken, daß man die Massen bevormunden müsse. Und das ist der Tod aller Demokratie. Das ist letzten Endes die Rechtfertigung aller Konservationen und reaktionären Politik. Die reaktionäre Regierung rechtfertigt ihre Maßregeln damit, daß sie für das Heil der unwilligen Untertanen sorgen müsse, die selbst nicht in der Lage seien zu erkennen, was ihnen nützt. Genau so hielten es die sozialdemokratischen Parteileitungen immer wieder für ihre Pflicht, der Bewegung Ziele und Aufgaben zu stellen — man denke an das preußische Wahlrecht — und niemand merkte, daß das bereits eine gänzlich undemokratische Bevormundung ist. In der echten Demokratie brauchen die Massen nur informiert zu werden, was sie dann tun wollen, ist ihre eigene Sache.

Wir glauben, wie gesagt, daß sich in diesem wichtigen Punkte der Übergang zur echten Demokratie ohne weiteres vollziehen läßt. Es kommt uns nicht zu, die Massen zu erziehen oder zu leiten, wir haben sie nur ganz klar und rücksichtslos und ungeschminkt über den Sozialismus und seinen Zusammenhang mit den Fragen der Politik zu informieren. Ohne Einschränkungen und ohne Konzeptionen, besonders auch ohne Rücksicht darauf, wie viele wir dadurch anziehen oder abstoßen. Dann ist es ja nicht ausgeschlossen, daß die Zahl unserer Anhänger etwas kleiner bleibt, aber es steht zu hoffen, daß die kleinere Zahl dann eine ungleich größere Macht ausübt.



